



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Nominierung der Direktkandidaten des KV Bautzen zur Landtagswahl 2024.....	3
Kommunalwahl 2024 – Ein Aufruf zum Mitmachen!.....	3
Wahlkampf kostet Geld – Spendenaufruf!	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Die einzige Alternative zu den Altparteien ist die Alternative für Deutschland!.....	4
AfD-Bundestagsfraktion beschließt Sofortprogramm	5
Pressemitteilungen AfD-Landtagsabgeordnete in den Bautzener Wahlkreisen	6
Grüne Verweigerungspolitik gefährdet Infrastrukturausbau in der Oberlausitz.....	6
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 8	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 22.10.2023	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.10.2023	10
AfD-Anfrage: 13.531 Euro für „Pizza und Politik“ – einseitige Parteienwerbung abschaffen ...	10
Regierungsjournalismus abschaffen!.....	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.10.2023	11
Nein zum Windkraft-Diktat der Europäischen Union!	11
Steuern auf Speisen und Getränke dauerhaft senken!	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.10.2023	12
Bombendrohungen: Der Islam gehört nicht zu Sachsen!	12
Gesinnungs-TÜV stoppen! Kein Generalverdacht gegenüber unseren Polizisten!.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.10.2023	14
„Wärmeplanung“ boykottieren! Freie Heizungswahl für alle!.....	14
AfD-Anfrage: SPD-Sozialministerium zahlt Millionen an SPD-nahe Vereine.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.10.2023	15



„Arm trotz Arbeit“ ist eine Schande: Rentenzuschlag für Geringverdiener!	15
.....	16
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Bundestag	16
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	16
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	16
Kanaren werden überrannt: Europas Türen sofort schließen!.....	16
Abschiebetheater von Ampel und Union ist dreiste Wählertäuschung	17
Ampel finanziert „Flüchtlingsrat“ von Lauterbach-Tochter!.....	17
Die Wegelagerei betrifft uns alle!.....	18
Andere reden über die Migrationskrise, wir beenden sie!	19
Weitere Nachrichten aus Sachsen, Deutschland und der Welt	19
Drei Mädchen nach Bombendrohung in Klinik	19
27-jährige Neubauer erhält Predigtpreis für „Lebenswerk“	19
Von einer fremd gewordenen Heimat	19
32-Jähriger randaliert in Weißenfels und schlägt 13-Jährigen	20
Video-Empfehlungen	20
Informationskanäle der AfD.....	20
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	20
AUF1 jetzt auch im Fernsehen	20
Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen	21
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	21
Kommunalmandate im KV Bautzen	23
PRESSE-ARCHIV	23
SPENDENKONTO	23
KONTAKT:.....	23



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Nominierung der Direktkandidaten des KV Bautzen zur Landtagswahl 2024

Die Mitglieder des AfD Kreisverbandes Bautzen wählten am 20. Oktober ihre Direktkandidaten für den Landtagswahlkampf 2024.



v. links n. rechts: Timo Schreyer, Frank Peschel, Doreen Schwietzer, Jörg Urban, Ralf-Peter Hechtberger

Frank Peschel (Wahlkreis 52), Ralf-Peter Hechtberger (Wahlkreis 53), Timo Schreyer (Wahlkreis 54), Doreen Schwietzer (Wahlkreis 55) und Jörg Urban (Wahlkreis 56) wurden als Kandidaten gewählt.

In ihren Reden sprachen sich die Kandidaten für eine Politik aus, die dem Wähler dient, eine Verschlinkung der Bürokratie und der Ministerien in Sachsen sowie der Entlastung von Kommunen und ihrer Einwohner.

Die völlig fehlgeleitete Asylpolitik muss beendet werden.

AfD-Generalsekretär, MdL Jan Oliver Zwerg sowie MDB Karsten Hilse leiteten die Aufstellungsversammlung in gewohnt effizienter Art und Weise, so dass nach vier Stunden die Versammlung mit dem Singen der Nationalhymne beendet werden konnte.

Wir wünschen uns für alle Kandidaten einen guten und erfolgreichen Wahlkampf und 5 Direktmandate für unseren Kreisverband!

Kommunalwahl 2024 – Ein Aufruf zum Mitmachen!

Liebe Bürger des Landkreises Bautzen,

mit der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 haben wir die Chance, neue politische Verhältnisse zu schaffen. Mit einem starken Ergebnis, Sonneberg und Raguhn-Jeßnitz haben es vorgemacht, können wir die Entwicklung und Zukunft unserer Heimat bestimmen und gestalten.

Den aktuellen Fehlentwicklungen, wie Windanlagenausbau, Genderisierung, absurde Asylpolitik, Vernachlässigung (Preisgabe) des ländlichen Raumes oder die finanzielle Ausblutung unserer Städte und Gemeinden, müssen wir Einhalt gebieten.

Liebe Bürger, Sie alle können dazu Ihren Beitrag leisten.

Wie? → Werden Sie ein AfD-Kandidat für den Kreistag, Ihren Stadt-, Gemeinde- oder Ortschaftsrat.

Die AfD steht für freiheitlich-konservative Werte. Werte die unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft prägen und weiter prägen werden.



Wir wollen gemeinsam an der Zukunft arbeiten und unseren Kindern und Enkelkindern eine Perspektive in unserer Heimat schaffen.

Werden Sie ein Mitmacher!

Info's und Kontakt unter: www.kommunal.afd-bautzen.de

Gerne können Sie auch jederzeit telefonisch unsere Büros kontaktieren!

<https://afd-bautzen.de/buergerbueros/>

Ihr Frank Peschel

Vorsitzender AfD-Kreisverband Bautzen

Wahlkampf kostet Geld – Spendenaufruf!

Kein Vertrauen mehr in die Politik der Altparteien? Dann unterstützen Sie uns!
Werden sie Mitglied, Förderer, Spender oder Kandidat zur Kommunalwahl 2024!

Alternative für Deutschland

Kreisverband Bautzen

Karl-Marx-Str. 15

Email: info@afdbautzen.de

Tel.: 03591 – 5328336

Spendenkonto:

Ostsächsische Sparkasse Dresden

AfD KV Bautzen

IBAN: DE16850503000225785552

BIC: OSDDDE81XXX

Wir danken schon jetzt für Ihre Spende!

Nachrichten von und mit Karsten Hilse



Die einzige Alternative zu den Altparteien ist die Alternative für Deutschland!

Nach Ankündigungen, Dementis und neuerlichen Ankündigungen, die Sarah Wagenknecht eine fortwährende Aufmerksamkeit in den Leitmedien und zahlreiche Einladungen in Talksendungen bescherte, haben nun 10 Bundestagsabgeordnete der Linken ihren Austritt aus der SED-Nachfolgepartei erklärt und über die Gründung eines Vereins zur Vorbereitung der Partei „Bündnis Sarah Wagenknecht“ informiert.

Die Presse jubelt, hofft man doch, der AfD vor allem im Osten Wähler abspenstig machen zu können. In Thüringen schreibt man der neuen Partei fernab jeder Realität gar 20 % Wählerzustimmung zu. Wie die Neugründer,



übrigens kein Einziger aus Mitteldeutschland, versichern, sind sie für ALLE Koalitionen offen, außer mit der AfD! Schon hier sollte jeder, der von den Altparteien die Nase voll hat und sich mit dem Gedanken trägt, dieser Partei seine Stimme zu geben, hellhörig werden. Nach dieser Aussage ist klar, dass es hier nur darum geht, Steigbügelhalter für CDU, SPD, GRÜNE, FDP, LINKE zu werden und um jeden Preis eine AfD-geführte Landesregierung in Sachsen, Thüringen oder Brandenburg zu verhindern.

Der Zeitpunkt ist mit Bedacht gewählt. Die AfD steht bundesweit bei 23 %, in den neuen Ländern ist sie teilweise mit großem Abstand stärkste Kraft. Das Altparteienkartell greift zu allen Mitteln, um ihre Macht zu verteidigen.

Niemand bestreitet, dass Frau Wagenknecht ab und an vernünftige Aussagen trifft, aber eben nur ab und an. Im Endeffekt ist sie aber eine Salonkommunistin mit Verteilungs- und Enteignungsphantasien so wie alle Kommunisten. Dass sie sich für eine vom Establishment gesteuerte Spaltung der Opposition hergibt, ist enttäuschend.

#karstenhilse

📄 <https://t.me/karstenhilsepolitiker>

AfD-Bundestagsfraktion beschließt Sofortprogramm

Die Zustimmungswerte der AfD steigen nicht nur in Mitteldeutschland sondern auch bundesweit rasant an. So wie es unser Anspruch ist, im nächsten Jahr eine AfD-geführte Landesregierung in Sachsen zu etablieren, arbeiten wir am selben Ziel auch für die nächste Bundesregierung. Folgerichtig haben wir nicht nur entschieden, rechtzeitig vor der Wahl einen Kanzlerkandidaten bzw. eine Kanzlerkandidatin zu wählen, sondern den Menschen auch ganz konkret zu sagen, was die ersten Maßnahmen einer AfD-geführten Bundesregierung sein werden. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die dringendsten Sofortmaßnahmen, um den Niedergang erst einmal aufzuhalten. Danach werden wir Schritt für Schritt alle Punkte aus unserem Grundsatz- und unserem Wahlprogramm umsetzen.



Die nächste Veranstaltung dazu findet statt am:

23. November 2023, 19.00 Uhr – Bischofswerda, Hotel Evabrunnen, Altmarkt 30

Karsten Hilse, MdB

Zum Sofort-Programm der AfD-Bundestagsfraktion gelangen Sie hier:

<https://afdbundestag.de/10-punkte-fuer-deutschland/>



Pressemitteilungen AfD-Landtagsabgeordnete in den Bautzener Wahlkreisen

Grüne Verweigerungspolitik gefährdet Infrastrukturausbau in der Oberlausitz

Nach einem Pressebericht in der Sächsischen Zeitung vom 26.10.2023 lehnen die Grünen den Ausbau der A4 aus Strukturwandelgeldern ab.

Dazu erklärt der Bautzener AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel:

„Die Autobahn A4, Dresden-Bautzen-Görlitz, ist die wichtigste Transitstrecke in der Oberlausitz, die auch täglich von tausenden Pendlern genutzt wird.

Diese Autobahnstrecke muss ausgebaut werden und ja, gerne auch mit Kohlestrukturgeldern. Sich gegen den Ausbau der A4 zu wenden, egal wie die Finanzierung aussieht, ist reine Realitätsverweigerung der Grünen.

Der europäische Straßenverkehr wird noch zunehmen und wir werden zeitnah den LKW-Verkehr nicht auf die Schiene bekommen. Die Infrastruktur dafür muss erst errichtet werden und es ist zweifelhaft, ob dies auch wirtschaftlich darstellbar ist.

Leider muss ich sagen, dass ich auch seitens des SPD-Wirtschaftsministers Dulig kein klares Bekenntnis zum Ausbau der A4 durch Kohlestrukturgelder vernommen habe. Ich fürchte, dass die SPD sich ebenfalls dagegen ausspricht.

Der Ausbau der 4 ist Bestandteil des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG).

Ich erwarte von der Staatsregierung, dass sie sich der parteiübergreifenden Forderung nach dem Ausbau der A4 und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz durch Kohlestrukturmittel annimmt.“

Frank Peschel, MdL

26. Oktober 2023

<https://afd-bautzen.de/gruene-verweigerungspolitik-gefaehrdet-infrastrukturausbau-in-der-oberlausitz/>



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	18.11.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Mo	20.11.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	21.11.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	23.11.23	15.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	23.11.23	19.00 Uhr	Hotel Evabrunnen Altmarkt 30 01877 Bischofswerda	10 PUNKTE FÜR DEUTSCHLAND Karsten Hilse, MdB stellt das Sofortprogramm der AfD-Bundestagfraktion für eine AfD- geführte Bundesregierung vor
Mi	29.11.23	15.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Alle Termine finden Sie unter: <https://afd-bautzen.de/veranstaltungskalender/>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 22.10.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

in der Korruptionsaffäre um das SPD-Sozialministerium in Sachsen kommen immer neue Details ans Tageslicht, die fassungslos machen.

So scheint das SPD-Ministerium nicht nur Verwandte, Parteifreunde und die Asyllobby illegal mit Steuergeldern versorgt zu haben. Anscheinend kam es zu anderen „schwerwiegenden“ Rechtsverstößen, um Wahlen im eigenen Interesse zu beeinflussen, kritisiert der Sächsische Rechnungshof.

Was ist geschehen? Zwischen 2016 und 2019 vergab das SPD-Sozialministerium Fördergelder „in Millionenhöhe an Vereine und Verbände für Integrationsmaßnahmen von Ausländern“, berichtete am 20. Oktober die Sächsische [Zeitung](#).

Auffällig dabei, so die Presse: „Ein Teil der höchsten Förderungen ging an Vereine, in denen Vorstände und Geschäftsführungen der SPD oder den Grünen angehörten“.

Die Vereine setzten dieses Geld nun aber nicht etwa sachgemäß für die Integration ein. Sie nutzten die gewährten Millionen, um im „Vorfeld von Landtagswahlen“ selbst politisch aktiv zu werden und die „Forderungen von SPD, Grünen und Linken“ zu unterstützen.

Das bedeutete zugleich, dass diese Vereine gegen „Politiker und Parteien vor allem aus dem rechten und konservativen Spektrum“ agitierten. Die begünstigten Organisationen schreckten dabei auch nicht vor gemeinsamen „Aktionen mit linksradikalen Vereinen“ zurück und nahmen „extreme Haltungen“ ein, konstatiert die Sächsische [Zeitung](#) unter Bezug auf den Rechnungshof.

Die Vetternwirtschaft des Ministeriums zugunsten der Arbeiterwohlfahrt Sachsen (AWO) ist dabei wohl der größte Skandal. Die seit Jahren großzügig mit Steuergeldern versorgte AWO verfügt über „Rücklagen in Millionenhöhe“. Ein solcher Verband braucht eigentlich keine zusätzlichen Fördermittel.

Trotzdem stiegen die Ausgaben der AWO von Jahr zu Jahr um ca. 30 Prozent. Diese Zusatzkosten sollte der Steuerzahler eins zu eins übernehmen. Die Antragsteller der





entsprechenden Fördermittel konnten jedoch nicht plausibel erklären, wofür genau sie das Geld ausgeben wollten.

Das SPD-Sozialministerium stellte der AWO dennoch quasi einen Blankoscheck aus. Der Verband erhielt die höchste Fördersumme überhaupt.

Wie es nun der Zufall so will, ist SPD-Sozialministerin Petra Köpping selbst AWO-Mitglied und ihre Staatssekretärin Dagmar Neukirch sogar im Dresdner Vorstand der AWO vertreten. Es liegt also ein offensichtlicher Interessenskonflikt vor.

Der Rechnungshof wittert daher einen „groben Verstoß“ gegen den Gleichheitsgrundsatz und sieht immense Ausgaben der AWO ohne konkreten „Projektbezug“. Vielmehr scheint die AWO das erhaltene Geld für ihre Öffentlichkeitsarbeit zweckentfremdet zu haben.

Im Klartext: Sie nutzte Steuergelder illegal für einen medialen Feldzug gegen die AfD. 2016 titelte die BILD-Zeitung zum Beispiel: „AWO in Sachsen droht AfD-Mitgliedern mit Konsequenzen.“

Nun wissen wir endlich, wie solche Schlagzeilen zustande gekommen sind. Die AWO hat hier einen Auftrag des SPD-Sozialministeriums ausgeführt. Sowohl die AWO als auch die SPD haben damit die roten Linien unseres Rechtsstaats klar überschritten.

In anderen Bundesländern läuft es übrigens kaum anders. In Hessen gibt es eine AWO-Affäre um überzogene Gehälter und Vetternwirtschaft. Der ehemalige AWO-Geschäftsführer aus Frankfurt wurde deshalb erst vor wenigen Tagen verurteilt. Er muss nun einen Schadensersatz von 1,8 Millionen Euro bezahlen.

Wir erwarten, dass die Justiz in Sachsen nun in ähnlicher Weise aktiv wird. Wenn in Sachsen die AWO und diverse Migrantenvereine unrechtmäßig Millionen an Steuergeldern zweckentfremdet haben, dann müssen sie diese Mittel vollständig zurückerstatten.

Und: Sollte das SPD-Sozialministerium diese Rechtsverstöße geduldet, wenn nicht sogar unterstützt haben, dann reicht es freilich nicht aus, dass bisher nur der Staatssekretär Sebastian Vogel entlassen wurde. Es müssen weitere Konsequenzen folgen.

Ich bin der Meinung: Wenn Politikern ein Missbrauch von Steuergeldern juristisch sauber nachgewiesen werden kann, dann sollten sie auch persönlich zur Kasse gebeten werden. Nur so lassen sich Vetternwirtschaft und Korruption wirkungsvoll bekämpfen.

Ganz wichtig ist darüber hinaus, dass im Vorfeld der nächsten Landtagswahl allen Asyl- und „Integrationsvereinen“ die Fördermittel gestrichen werden, die in der Vergangenheit mit diesem Steuergeld die Parteipolitik von SPD, Grünen und Linken gestärkt haben.

Nur wenn das gemacht wird, ist die Chancengleichheit für alle Parteien gewahrt. CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer kann sich in der Korruptionsaffäre also nicht länger wegducken. Er muss sich mit seinen Koalitionspartnern von SPD und Grünen anlegen. Denn wer Korruption in seiner Regierung duldet, ist nicht besser als die Korrupten selbst!

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/korruption-und-vetternwirtschaft-spd-und-gruene-treten-unsere-demokratie-mit-fuessen/>



Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.10.2023

AfD-Anfrage: 13.531 Euro für „Pizza und Politik“ – einseitige Parteienwerbung abschaffen

Der Ring Politischer Jugend hat die Jugendarbeit sächsischer Parteien letztes Jahr mit 212.998 Euro Steuergeld gefördert (AfD-Anfrage 7/[14516](#)). Die Jugendorganisation der AfD erhielt erneut kein Geld. Dagegen wurden die Jungliberalen weiter finanziert, obwohl die FDP seit neun Jahren nicht mehr im Landtag vertreten ist.



[André Barth](#), finanzpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Die einseitige Förderung der Jugendarbeit ist eine Missachtung der Demokratie und eine Verhöhnung des Wählerwillens. Die sächsische Verfassung sieht Chancengleichheit für die Opposition im Parlament und in der Öffentlichkeit vor. Aus diesem Grund müssen alle Jugendorganisationen der Parteien im Parlament gleichbehandelt werden. Die AfD fordert deshalb Waffengleichheit bei der Förderung des Parteienwachstums (Drs. 7/[3803](#)).

Allerdings ist es dem Steuerzahler nicht länger zuzumuten, fragwürdige [Veranstaltungen](#) zu finanzieren. So konsumierte die Junge Union für 13.531 Euro Pizza, um nebenher ihre Politik zu bewerben. Die Jungliberalen schlemmten auf einem ‚politischen Buffet‘ für 4.232 Euro. Das hat nichts mit politischer [Bildung](#) zu tun.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-13-531-euro-fuer-pizza-und-politik-einseitige-parteienwerbung-abschaffen/>

Regierungsjournalismus abschaffen!

Die sächsische Regierung beschäftigt etliche MDR-Journalisten. Sie erhalten sowohl von der Regierung als auch vom MDR Geld, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Können ARD, ZDF, MDR und Co. angesichts dieser Doppelbeschäftigungen „staatsfern“ sein, wie es verfassungsrechtlich vorgesehen ist?

Die AfD-Fraktion hat daran große Zweifel und setzt sich deshalb dafür ein, diese Seilschaften zwischen Regierung und MDR zu kappen, um einen „ideologischen Haltungsschaden“ bei der Berichterstattung zu beheben (7/13251).





Zu diesem Zweck fand heute im Sächsischen Landtag eine öffentliche Anhörung mit renommierten Experten statt. Sascha Schlösser, Fachanwalt für Medienrecht, sagte dabei, der AfD-Vorstoß sei ein notwendiger „Hilfeschrei“ um Objektivität. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk berichte einseitig und parteiisch.

Insbesondere die Studien von „Media Tenor“ hätten ergeben: ARD, ZDF, MDR und Co. berichten regierungsnah. Sie behindern die Opposition und setzen parteiische Experten ein. Eine Kontrolle finde jedoch hauptsächlich nur über [Twitter](#) („X“) statt. Die internen Kontrollmechanismen des Rundfunks versagen indes komplett.

Auffällig sei zudem, dass es zwar möglich ist, als Journalist für MDR und Regierung zu arbeiten. Eine zeitgleiche Tätigkeit für den MDR und alternative Medien ist allerdings de facto ausgeschlossen.

Prof. Dr. Martin Schwab ergänzte, „im Gewande der Staatsferne“ praktiziere der Rundfunk „Staatsnähe“. Problematisch daran ist besonders, dass die Bürger sich nicht einmal juristisch gegen „systematische Desinformation“ wehren können. Eine Beitragsbefreiung lasse sich leider nicht einklagen.

Dr. Ulrich Vosgerau argumentierte ähnlich: Statt den Zwangsgebühren bedingungslos ausgeliefert zu sein, muss den Bürgern ein Einspruchsrecht zugestanden werden.

[Torsten Gahler](#), medienpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, wertet die Anhörung als Auftakt für eine notwendige Rundfunkreform: „Bürger für die eigene Desinformation bezahlen zu lassen, ist absurd. In einem ersten Schritt müssen wir daher die Staatsferne des Rundfunks wiederherstellen. Doppelbeschäftigungen für Staat und Rundfunk darf es deshalb nicht geben.

In einem zweiten Schritt muss dann das Zwangsgebührensysteem abgeschafft werden, wie von den Experten heute geschildert. Ich bin den Experten sehr dankbar für ihre wohldurchdachten Vorschläge. So bringen wir Schwung in die Debatte um eine Rundfunkreform. Andere Staaten sind uns dabei leider weit voraus.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierungsjournalismus-abschaffen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.10.2023



Nein zum Windkraft-Diktat der Europäischen Union!

Die EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen (CDU) will heute einen „[Windkraft](#)-Turbo“ zünden. Das geplante Maßnahmenpaket der EU sieht eine Verdopplung der [Windkraft](#)-Kapazitäten innerhalb von sechs Jahren bis 2030 vor.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Ich höre schon Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) lamentieren, dass er eigentlich keine neuen Windindustrieanlagen aufstellen möchte, die Europäische



Union aber den beschleunigten Ausbau vorschreibe. Diese Haltung werden wir ihm nicht durchgehen lassen, da Herr Kretschmer und Frau von der Leyen Parteikollegen sind.

Wenn nun in den nächsten Jahren unsere heimischen Landschaften mit bis zu 1.000 neuen Windrädern verschandelt werden, dann ist das grüne Planwirtschaft, die federführend von der CDU betrieben wird.

Die Windkraft ist jedoch nicht grundlastfähig und damit ungeeignet für jede hochtechnologische Industrienation. Nur mit der Kernkraft können wir langfristig Deutschland als Industriestandort retten.

Hinzu kommt: Der für die Nutzung der Windkraft erforderliche Netzausbau kostet einen dreistelligen Milliardenbetrag. Das alles wird auf den Steuerzahler und die Industrie abgewälzt. Unser Strom wird so immer teurer und teurer. Unternehmen, die wettbewerbsfähig bleiben möchten, können somit nur noch die Flucht ergreifen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nein-zum-windkraft-diktat-der-europaeischen-union/>

Steuern auf Speisen und Getränke dauerhaft senken!

Diese Woche setzen wir uns für die dauerhafte Senkung der Steuern auf Speisen und Getränke in den Ausschüssen des Landtages ein. Profitieren sollen alle Kantinen in Kindergärten, Schulen, Altenheimen und Betrieben, aber natürlich auch Kneipen und Restaurants (7/14315).

„Die wirtschaftliche Lage in der Gastronomie ist durch galoppierende Geldentwertung und hohe Energiepreise sehr angespannt.“, kritisiert der tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Mario Kumpf. „In den letzten zwei Jahren wurden bereits über 1.400 Gaststätten geschlossen, besonders in ländlichen Regionen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.“



Auch das Essen in Kindergärten und Schulen kostet häufig bereits über fünf Euro. Für viele Familien ist das nur schwer zu verkraften. Zusätzlich muss die Steuer auf Getränke in der Gastronomie von 19 Prozent endlich dauerhaft auf sieben gesenkt werden. Um unserer Forderung auch bildlich mehr Druck zu verleihen, haben wir zahlreiche Bierdeckel für die betroffene Branche drucken lassen.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/steuern-auf-speisen-und-getraenke-dauerhaft-senken/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 25.10.2023

Bombendrohungen: Der Islam gehört nicht zu Sachsen!

An etlichen sächsischen Schulen sind Bomben- und Morddrohungen gegenüber „Ungläubigen“ eingegangen. Die Täter solidarisieren sich auf diese Weise mit der radikalislamischen Hamas.



Dazu sagt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer muss endlich einsehen, dass der Islam nicht zu Deutschland und Sachsen gehört.“

Der frühere sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich hatte 2015 unmissverständlich erklärt, der Islam gehöre nicht zu Sachsen. Herr Kretschmer wies diese Aussage einige Jahre später zurück.

Nun sehen wir: Durch die jahrelange Verharmlosung der politischen Ideologie des Islam werden die Konflikte fremder Kulturen inzwischen auf sächsischem Boden ausgetragen. Das muss schleunigst unterbunden werden.

Die CDU-Migrationspolitik der letzten Jahre hat unzählige Terrorsympathisanten importiert. Diese Menschen dürfen wir in unserem Land nicht länger dulden. Jeder Ausländer, der auf Kriegsfuß mit unserer Art zu leben steht, hat sein Gastrecht verwirkt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/bombendrohungen-der-islam-gehört-nicht-zu-sachsen/>

Gesinnungs-TÜV stoppen! Kein Generalverdacht gegenüber unseren Polizisten!

Am 26. Oktober 2023 beschäftigt sich der Innenausschuss des Sächsischen Landtags mit dem „Gesetz zur Stärkung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ (Drs. 7/13905).

Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Sebastian Wippel](#):

„Statt sich voll und ganz der Bekämpfung der Kriminalität in Sachsen zu widmen, arbeitet CDU-Innenminister Armin Schuster mit Hochdruck an einem Gesinnungs-TÜV für sächsische Beamte. Polizei und [Justiz](#) werden damit unter Generalverdacht gestellt.“

Dass der Inlandsgeheimdienst in Zukunft alle angehenden Polizisten und Justizmitarbeiter verdachtsunabhängig durchleuchten soll, wird kaum zu noch größerer Verfassungstreue beitragen. Weiterhin sollen Social-Media-Profile bei Auffälligkeiten durchleuchtet werden können.

Diese Maßnahmen vergiften das Arbeitsklima, weil alle Beamten Denunziationen und Bespitzelungen durch Kollegen und den Einblick des Dienstherrn in private Angelegenheiten fürchten müssen.

Aus den letzten Jahren wissen wir: 99,96 Prozent unserer Polizisten verhalten sich durch und durch verfassungstreu. Sie haben deshalb Vertrauen und Rückhalt verdient, statt im Zweifelsfall unbewiesenen, falschen Verdächtigungen ausgesetzt zu werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/gesinnungs-tuev-stoppen-kein-generalverdacht-gegenueber-unsere-polizisten/>





PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.10.2023

„Wärmeplanung“ boykottieren! Freie Heizungswahl für alle!

Im Energieausschuss des Sächsischen Landtags wollten CDU, SPD und Grüne heute die „flächendeckende kommunale Wärmeplanung“ voranbringen (Drs. 7/13008).



Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Die Wärmeplanung ist eine Vorstufe der späteren Zwangssanierungen und Heizungsverbote. In einem ersten Schritt will der Staat herausfinden, wie jeder einzelne Bürger heizt. Bereits das empfinden wir als übergriffig. Eine Heiz-Polizei, die in den Kellern der Häuser herumschnüffelt, ist indiskutabel.“

[Jan Zwerg](#), energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, ergänzt:

„Die Förderbank KfW geht davon aus, dass die geplanten Gebäudesanierungen Kosten in Höhe von 254 Milliarden Euro verursachen dürften. Für viele – gerade ältere – sächsische Eigentümer bedeutet das de facto eine drohende Enteignung. Für die sächsischen Mieter heißt es, dass sie in Zukunft noch viel mehr für ihre Wohnung bezahlen müssen.“

Wir lehnen deshalb sowohl die Wärmeplanung als auch das Gebäude-[Energie](#)-Gesetz ab. Die AfD steht für eine freie Heizungswahl für alle. Jeder Bürger muss selbst entscheiden können, mit welcher Energiequelle er heizen möchte. Keine Heizung ist illegal!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/waermeplanung-boykottieren-freie-heizungswahl-fuer-alle/>

AfD-Anfrage: SPD-Sozialministerium zahlt Millionen an SPD-nahe Vereine

Für „Integrationsarbeit“ kassierten SPD-nahe Vereine im letzten Jahr erneut große Zuschüsse aus dem SPD-Sozialministerium. Laut AfD-Anfrage (7/[14519](#)) erhielt der [Ausländerrat](#) Dresden insgesamt 412.438 Euro, der Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen 417.765 Euro und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) 300.747 Euro.

[André Wendt](#), AfD-Landtagsabgeordneter und Fragesteller, erklärt dazu:

„Angesichts der Korruptionsvorwürfe gegen das SPD-Sozialministerium verbietet sich eine weitere Auszahlung von Geldern an SPD-nahe Vereine. Diese Vorwürfe müssen erst einmal lückenlos aufgeklärt werden. Es muss verhindert werden, dass durch ‚enge persönliche Beziehungen‘ Steuergeld veruntreut wird.“

Es gilt außerdem zu prüfen, inwiefern die Vorwürfe der Wahlbeeinflussung zutreffen. Laut der ‚Sächsischen [Zeitung](#)‘ wurden mit den Fördergeldern für Integration auch





Werbemaßnahmen finanziert, die Stimmung gegen eine konservative Asyl- und Migrationspolitik machten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-spd-sozialministerium-zahlt-millionen-an-spd-nahe-vereine/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.10.2023

„Arm trotz Arbeit“ ist eine Schande: Rentenzuschlag für Geringverdiener!

Im Erzgebirgskreis müssen 43 Prozent der Beschäftigten mit weniger als 2.284 Euro Bruttolohn im Monat auskommen. Das ist deutschlandweiter Rekord, berichtet die LVZ. Ähnlich viele Geringverdiener leben im Landkreis Görlitz und im Vogtland (42 und 40 Prozent).



Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Es ist traurig, wenn ein Familienvater mit zwei Kindern voll arbeiten geht und von weniger als 1.600 Euro Nettolohn leben muss. In Zeiten von explodierenden Preisen für Lebensmittel, Benzin und Heizung kommt man dann selbst mit Arbeit kaum über die Runden.“

Umso wichtiger ist es, Geringverdiener vor der drohenden Altersarmut zu schützen. Denn die meisten Geringverdiener werden so wenig Rente erhalten, dass sie im Alter von Bürgergeld leben müssen, das in ihrem Fall dann ‚Grundsicherung‘ heißt. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, wird also im Alter auf die gleiche Stufe gestellt, wie

jemand der nie arbeiten war oder in unser Sozialsystem eingewandert ist.

Diese massive Ungerechtigkeit will die AfD ändern. Die Rente eines Geringverdiener muss mindestens mehrere hundert Euro pro Monat über der Grundsicherung liegen. Das hat unsere Partei in ihrem Rentenkonzept beschlossen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/arm-trotz-arbeit-ist-eine-schande-rentenzuschlag-fuer-geringverdiener/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Bundestag



PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Kanaren werden überrannt: Europas Türen sofort schließen!

Nicht nur Lampedusa erlebt derzeit einen gigantischen Migranten-Ansturm. Auch auf den Kanaren eskaliert die Situation: Sage und schreibe 1.622 Menschen sind allein am vergangenen Wochenende auf den spanischen Inseln angekommen. Im Oktober waren es laut UN-Angaben mehr als 10.000 Personen. Die stark ansteigenden Zahlen sollen mit der Senegal-Krise zusammenhängen. Umso mehr muss jetzt gelten: Schluss mit der Finanzierung der Schlepper-Organisationen! Unsere Steuergelder dürfen nicht für illegale Migration missbraucht werden.



Den Migranten muss mit öffentlichen Stellungnahmen – aber auch mit einem Abdrehen des Geldhahns – vermittelt werden, dass sie zu Hause in Afrika bleiben sollen, weil das europäische Boot randvoll ist. Der Blick auf unsere Straßen zeigt gerade in diesen Tagen, wohin es uns führt, wenn wir die Massenmigration nicht stoppen. Wir werden die Drehtüren nach Europa schließen und dafür sorgen, dass unser Land und unser



Kontinent mitsamt unserer Kultur erhalten bleiben!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=864477885047861&set=a.797289411766709>

Abschiebetheater von Ampel und Union ist dreiste Wählertäuschung

Zum Gesetzentwurf der Bundesinnenministerin für schnellere Abschiebungen erklären die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Tino Chrupalla:

„Die Bundesregierung will die Bürger hinter die Fichte führen. Solange illegale Migranten nicht konsequent an den Grenzen zurückgewiesen, sondern mit hohen Sozialleistungen, unbegrenztem Familiennachzug und vereinfachten Aufenthaltsregeln wie mit einem Migrationsmagneten auch noch angelockt werden, sind die vorgestellten Korrekturen an den Abschieberegeln bloße Symbolpolitik.“



Bundeskanzler Scholz und Innenministerin Faeser wandeln auf den Spuren von Angela Merkel und Horst Seehofer, die schon zu GroKo-Zeiten eine großspurige ‚Abschiebeoffensive‘ nach der anderen angekündigt hatten, ohne jemals Taten folgen zu lassen. Dass die Unionsparteien sich mit ihrer Versagensbilanz jetzt auch noch brüsten, ist nichts anderes als dreiste Wählertäuschung.“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=865579948270988&set=a.797289411766709>

Ampel finanziert „Flüchtlingsrat“ von Lauterbach-Tochter!

Die unendliche Geschichte der Filz-Skandale wird von der Ampel-Regierung fortgesetzt: Wie jetzt bekannt wurde, profitiert der Arbeitgeber der Tochter von Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) von Fördergeld-Zahlungen der Regierung. Dieser Arbeitgeber ist der „Kölner Flüchtlingsrat“, der als einziger „Flüchtlingsrat“-Ableger Steuergeld aus dem grünen Familienministerium erhält. Was für ein „Zufall“! Und es kommt noch heftiger: Rosa-Lena Lauterbach ist beim „Flüchtlingsrat“ dafür zuständig, Migranten juristisch zu unterstützen, um Abschiebungen zu verhindern.



Das Gesamtbild der Ampel-Koalition ist eindeutig: Wir haben eine Regierung der Filz-Skandale, der Vetternwirtschaft und der Korruption! Vom Graichen-Clan um den grünen Wirtschaftsminister Habeck bis zum Beförderungsskandal im Lindner-Ministerium zieht sich ein einziger Sumpf der

Klüngelei und Clan-Strukturen, den wir noch vor wenigen Jahren in unserem Land für unmöglich gehalten hätten. Doch offenbar nähern wir uns nicht nur hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit und der Stromversorgung an afrikanische Verhältnisse an.

Im Übrigen beweist schon allein die Finanzierung des abschiebungsfeindlichen „Flüchtlingsrats“, dass die Ampel-Regierung noch nicht einmal den Willen hat, die Zahl der Abschiebungen zu



erhöhen und die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaats wiederherzustellen. Im Gegenteil: Völlig unverhohlen werden Organisationen der Asyl-Lobby subventioniert, deren einziges Ziel darin besteht, das geltende Ausländer- und Asylrecht auszutricksen und jegliche Abschiebungen zu verhindern. Mit einer AfD-Regierung wird nicht nur der Filz-Sumpf trockengelegt werden. Sondern wir werden auch dafür sorgen, dass die Asyl- und Anti-Abschiebungs-Großindustrie keinen einzigen Cent mehr von der öffentlichen Hand erhält!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=865645748264408&set=a.797289411766709>

Die Wegelagerei betrifft uns alle!

Die wahnwitzigen Pläne der Ampel-Regierung brauchen Geld. Viel Geld. Dafür soll über Nacht die Maut verdoppelt werden. Lagen die Maut-Einnahmen im Jahr 2023 bei 8 Milliarden Euro, rechnet man 2024 mit 15 Milliarden Euro. Bis 2027 wären das schon 30,5 Milliarden Mehreinnahmen. Dafür werden nicht nur die großen Speditionen geschröpft: Zum 1. Juli 2024 gilt die Mautpflicht dann auch für kleinere Transporter ab 3,5 Tonnen. Lediglich für Handwerksbetriebe soll gnädigerweise eine Ausnahmeregelung greifen, ansonsten aber wird für Lieferwagen von Paketdiensten und größere Wohnmobile zusätzlich berappt werden müssen.



Vorher kommt zum 1. Dezember ein weiterer CO₂Aufschlag. Das dürfte viele Speditionen in den Ruin treiben, denn nicht alles läßt sich auf die Schienen verlagern. Zu allem Überfluß plant die Bahn-Tochter DB Cargo den fast vollständigen Ausstieg aus dem Einzelwagenverkehr.

Das Transportwesen ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und der Garant für die Grundversorgung. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, werden die Kosten letztlich beim Endverbraucher landen. Neben den steigenden Energiekosten und der Inflation kommt damit also ein weiterer Ballast auf die Bürger zu. Jeder dieser Faktoren ist eigentlich völlig unnötig — alles ist Resultat einer falschen, bürgerfernen und im Kern ideologiegetriebenen Politik.

Folgen Sie mir auf Telegram:

@BjoernHoeckeAfD

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1056957839061198&set=a.599798814777105>



Andere reden über die Migrationskrise, wir beenden sie!

Für jeden abgeschobenen Migranten ohne Aufenthaltsrecht kommen 28 neue ins Land, Tausend sind es täglich. Und selbst der eine steht, wenn er die Rückkehrhilfen aus Steuermitteln kassiert hat, erfahrungsgemäß gleich wieder auf der Matte. Dass ausgerechnet jene etwas daran



ändern wollen, die seit Jahren für offene Grenzen, Schlaraffenland-Verheißungen und sogar für die passende Mitfahrgelegenheit in Form von Flügen oder Schlepperschiffen sorgen, ist deshalb nicht mehr als eine Nebelkerze im Einwanderungssturm, der über uns hereingebrochen ist.

Geradezu lächerlich wirkt da das Abziehbild eines plötzlich entschlossenen „Abschiebekanzlers“ Olaf Scholz auf der Titelseite des linken „Spiegel“, allzu durchschaubar sind die Fantasien eines Jens Spahn von physischer Gewalt gegen Eindringlinge an den Grenzen. Immerhin hatte der sich als Gesundheitsminister mit der Entrechtung der eigenen Bürger genug auf's Kerbholz geladen, von dem es nun abzulenken

gilt. Und es war seine Partei - die CDU - die unter Merkel für die bis heute andauernde Anarchie an unseren Grenzen gesorgt hat. Dass der Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, davon heute nichts mehr wissen möchte, zeugt von der Unredlichkeit dieser Partei. Und SPD-Innenministerin Nancy Faeser, die jetzt einfach AfD-Forderungen nachplappert? Spätestens die Wählerwatsche bei der hessischen Landtagswahl sollte gezeigt haben, dass Ihr niemand irgendetwas zutraut – weder die Integrität noch das nötige intellektuelle Rüstzeug und erst recht nicht den Willen, unser Land aus der schwersten Krise seit Jahrzehnten zu holen.

Es gibt nur eine Partei, die für rigorose Abschiebung steht – und zugleich dafür sorgen kann, dass der Zustrom Hunderttausender junger, nicht integrierbarer und gewaltbereiter Männer endlich aufhört. Und das ist die AfD. Wir haben das Problem schon vor Jahren erkannt und davor gewarnt, und nur wir sind bereit, etwas dagegen zu tun. Anders als verantwortliche Politiker aus Ampelparteien und Union, die lediglich ihr eignes Versagen kaschieren wollen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=865054288323554&set=a.797289411766709>

Weitere Nachrichten aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Drei Mädchen nach Bombendrohung in Klinik

<https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/sachsen-drei-maedchen-11-13-nach-bombendrohung-in-klinik-85852842.bild.html>

27-jährige Neubauer erhält Predigtpreis für „Lebenswerk“

<https://reitschuster.de/post/27-jaehrige-neubauer-erhaelt-predigtpreis-fuer-lebenswerk/>

Von einer fremd gewordenen Heimat

<https://www.cicero.de/kultur/identitaetspolitik-energiewende-migration>



32-Jähriger randaliert in Weißenfels und schlägt 13-Jährigen

<https://www.n-tv.de/regionales/sachsen-anhalt/32-Jaehriger-randaliert-in-Weissenfels-und-schlaegt-13-Jaehrigen-article24481411.html>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMq5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

AUF1 jetzt auch im Fernsehen

AUF1

Kanal: SRGT	Symbolrate: 22.000
Satellit: Astra 19,2° Ost	Polarisation: Horizontal (H)
Frequenz: 10920.75 MHz	Transponder: 133
Art: DVB-S	FEC: 7/8

@Barn_Hecke_AfD @Barn_Hecke_AfD Live/BarnHeckeAfD @Barn_Hecke f @Barn_Hecke



Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen

<https://www.radio.de/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

<https://www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos>

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

[instagram.com/doreenschwietzer_afd](https://www.instagram.com/doreenschwietzer_afd)

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

[instagram.com/ja_oberlausitz](https://www.instagram.com/ja_oberlausitz)

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219>

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz



www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/

Neue Bautz´ner Filmkunst

<https://www.youtube.com/@peterschulze2235>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<https://afd-bautzen.de/stadt-gemeinderaeete/>

PRESSE-ARCHIV

<https://afd-bautzen.de/blaue-post/>

<https://afd-bautzen.de/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afd-bautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen